

Investitionen zur Erhöhung der Wasserqualität

Preissteigerungen nicht ausgeschlossen!

Nach Angaben der Thüringer Landesregierung besteht in Thüringen zur Erhöhung der Gewässerqualität in umfangreichem Maße Handlungsbedarf. Dieser resultiert aus der Forderung der EU, eine

nach Angaben der Landesregierung diesen Anforderungen. Diejenigen, welche sich in einem ungenügenden Zustand befinden, sollen laut EU-Vorgabe bis 2015 erschlossen werden. Laut Landesregierung ist aber bei

einem Großteil dieser eine Fristverlängerung bis 2027 von Nöten, die aufgrund technischer Unmöglichkeiten, natürlicher Gegebenheiten oder unverhältnismäßig hoher Kosten gerechtfertigt seien. Die Finanzierung betreffend, sieht sich die Landesregierung, im Gegensatz zu dem

Thüringer Umweltminister Jürgen Reinholz (CDU), welcher entsprechende Investitionen zur Erhöhung der Gewässerqualität bis 2015 auf rund 410 Millionen € veranschlagte, nicht in der Lage, die Höhe

der notwendigen Ausgaben zu benennen.

Im Fall des Neubaus oder der Instandhaltung Thüringer Kläranlagen liegen hingegen seitens der Landesregierung folgende Angaben vor.

Bis 2015 sollen 16 Kläranlagen mit einer Kapazität von 212.585 (EW) und einem Investitionsaufwand von 50.194.000 €, davon 23.845.000 € Förderung seitens des Landes, errichtet werden. Des Weiteren entsteht zum Ausbau bereits vorhandener Anlagen mit einer Kapazität von 129.189 Einwohnergleichwerten (EW) ein Kostenaufwand von 18.102.000 €, davon 11.016.000 € Förderung. In Folge dieser Gesamtinvestitionen von veranschlagten 68.296.000 € und entsprechender Maßnahmen soll sich der Anschlussgrad der Abwasserentsorgung teils erheblich erhöhen. Von 2009 zu 2024 soll dieser beispielsweise in der Gemeinde Marksuhl durch Neubau von 4% auf 86% und im Abwasserzweckverband Scherkondetal von 16% auf 71% steigen.

Constance Ehrhardt



Aufwertung aller Gewässer auf die Güteklasse II, sprich einen „guten Zustand“, vorzunehmen.

Lediglich sieben der 112 betroffenen Gewässer in Thüringen entsprechen

Umdenken sieht anders aus

Thüringer Landesregierung setzt nun auch auf Kleinkläranlagen!

Das Abwasser von 71 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer wird zwischenzeitlich in zentralen Kläranlagen behandelt und gereinigt. Nach dem Willen der Landesregierung soll sich in den nächsten Jahren dieser Anteil weiter erhöhen. Geht es nach den Planungen der Abwasserverbände, würden noch rund 3 Milliarden € in Abwasseranlagen in den nächsten Jahren investiert. Über diese hohen Kostenplanungen, die letztlich durch die Bürgerinnen und Bürger zu bezahlen wären, ist selbst die CDU erschrocken. Immerhin wurden seit 1990 bereits 3,7 Milliarden € in derartige zentrale Anlagen in Thüringen investiert. Jetzt werden durch die CDU Alternativen gesucht und dabei soll verstärkt auch auf grundstücksbezogene Kleinkläran-

lagen gesetzt werden. Wie viele Grundstücke in Thüringen perspekti-



visch nicht an eine zentrale Kläranlage angeschlossen werden und demnach eine dem Stand der Technik genü-

gende Kleinkläranlage erhalten, ist bisher nicht genau bezifferbar. Die Landesregierung geht von rund 50.000 Grundstücken aus. Seit einigen Jahren fördert das Land die Errichtung bzw. Sanierung derartiger Kleinkläranlagen mit bis zu 1.500 € pro Anlage. Jährlich werden maximal 2.500 Kleinkläranlagen gefördert. Die Gesamtkosten für eine moderne Kleinkläranlage belaufen sich auf ca. 6.000 €. Damit ist natürlich die Landesförderung für Kleinkläranlagen viel geringer als für die zentralen Klärwerke. Ein Umdenken in der Abwasserpolitik sieht anders aus.

Weitere Informationen unter www.abwasser-dezentral.de oder www.thueringen.de/tmlfun/themen/wasser/wasserwirtschaft/abwasserentsorgung

Frank Kuschel

Das Volksbegehren braucht Ihre Hilfe

Spenden/Geldzuwendungen bitte auf das

Konto 190 241
BLZ 84 055 050
Wartburg-Sparkasse
Verwendungszweck Volksbegehren



Impressum:

Herausgeber
e-Mail
Verlag, Druck und Vertrieb
V.i.S.d.P.
Erscheinungsweise
Internet

Bürgerallianz Thüringen e.V. gegen überhöhte Kommunalabgaben
BA-Kontakt@Buergerallianz.de
UNZ-Verlag, Typografische Komplettierung Textbild, TA-Druckhaus
Peter Hammen, Geschäftsstelle Eisenach, Katharinenstraße 42, 99817 Eisenach
einmal im Quartal
www.buergerallianz.de

„Auch wenn der Vorstoß des Thüringer Finanzministers zur Rückkehr zum alten Wasser- und Abwasserbeitragsrecht nach heftigen Protesten vom Tisch ist, drohen in Thüringen weitere Kostenbelastungen“, befürchtet der kommunalpolitische Sprecher der LINKEN im Thüringer Landtag, Frank Kuschel.

Weil die Finanzbehörden seit einiger Zeit bei der Wasserversorgung von einer Gewerbesteuerpflicht ausgehen, könnten die Wassergebühren in Thüringen um mehr als zehn Prozent steigen. Thüringen nimmt bereits jetzt einen Spitzenplatz bei den Wasserpreisen ein. Weitere Erhöhungen müssen deshalb vermieden werden. Den Vorschlag der LINKEN, durch ein gesetzliches Verbot die Gewinnerzielung der Zweckverbände auszuschließen und damit die Gebühren zu senken, haben CDU und SPD sowie die Landesregierung jüngst im Landtag abgelehnt. „Diese Ablehnung ist unverantwortlich und zeigt den Unwillen von CDU und SPD, nun endlich Ruhe in die Wasser- und Abwasserproblematik zu bringen“, stellt der Landtagsabgeordnete fest.

Auch in einem anderen Problemfall weigert sich die Landesregierung, eine Regelungslücke zu schließen. Demnach soll es den Abwasserzweckverbänden weiterhin möglich sein, die einmaligen Abwasserbeiträge bis zum Maximalbetrag zu erhöhen, auch wenn zunächst in den diesbezüglichen Satzungen ein geringerer Beitragssatz bestimmt war. „Das Gerede von der Einmaligkeit der Abwasserbeiträge und von Berechenbarkeit in der Abwasserpolitik ist damit endgültig zum unverbindlichen Geschwätz verkommen“, kritisiert der Linkspolitiker. Bisher konnten die Bürgerinnen und Bürger darauf vertrauen, dass die Höhe der Abwasserbeiträge stabil bleibt. Nun sind auch die Beiträge zur Erhöhung freigegeben, wenn nicht der Landtag als Gesetzgeber handelt. Die Aufforderung der LINKEN, die Bürgerinnen und Bürger vor weiteren unkalkulierbaren Kostensteigerungen zu schützen, wiesen CDU und SPD zurück. Bei dieser Verweigerungshaltung von CDU und SPD kann man nur hoffen, dass das gestartete Volksbegehren für sozial gerechte Kommunalabgaben erfolgreich sein wird. „Nur durch die gesetzliche Abschaffung der Abwasserbeiträge und die vollständige Finanzierung der Investitionen über Gebühren können die Zweckverbände zum wirtschaftlichen Handeln gezwungen werden“, ist Frank Kuschel überzeugt.